

Niederschrift

über den öffentlichen Teil der Sitzung
der Gemeindevertretung (Gemeinde Ostenfeld)
am Montag, 10. Juni 2024,
im Bürgerzentrum "Alte Schule", Dorfstr. 8, 24790 Ostenfeld/R.

Beginn: 19:06 Uhr

Ende: 20:37 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 9

davon anwesend: 7

Anwesend sind:

a) stimmberechtigt:

Bürgermeister

Wilhelm Haupt

1. stellv. Bürgermeister

Thomas Leege

Gemeindevertreter/in

Gunda Beutin

Sören Kohlmorgen

Christian Prang

Tim Rühle

Simon Uken

b) nicht stimmberechtigt:

bürgerliche Mitglieder

Ingrid Eichholz

Claudia Martensen

Nils Peters

Holger Prang

Mitglieder der Verwaltung

Leitender Verwaltungsbeamter

Jan Rüter

Protokollführung

Christina Porsch

c) entschuldigt:

2. stellv. Bürgermeisterin

Anja Eckstein

Gemeindevertreterin

Meike Sievers

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 35 II GO SH
3. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2024
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostenfeld; hier: Aufstellungsbeschluss GV4-8/2024
7. Bericht zum Stand der Schallschutzmaßnahme A7 und Beschluss bezüglich Bauantrag GV4-9/2024
8. Beratung und Beschlussfassung zur Verkehrsführung an der Einmündung Rader Weg in die Kieler Straße BWUA4-3/2024
9. Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierung der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses FA4-4/2024; GV4
10.06.2024
10. Beratung und Beschlussfassung zur Anschaffung eines Notstromaggregates BWUA4-4/2024
11. Beratung und Beschlussfassung über ein Angebot für die finanzielle Absicherung bei Unfällen der Kameraden in der Freiwilligen Feuerwehr Ostenfeld FA4-5/2024
12. Beratung und Beschlussfassung zur Erweiterung der Kitagarderobe BWUA4-6/2024
13. Beschluss über die Umstellung der Sitzungsunterlagen auf digitale Übertragung
14. Beratung und Beschlussfassung über die Aktualisierung der Dorfchronik KSA4-5/2024
15. Beratung und Beschlussfassung zum Straßenflickprogramm BWUA4-5/2024
16. Bericht der Amtsverwaltung
17. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Nicht öffentlicher Teil

18. Grundstücksangelegenheiten GV4-11/2024
19. Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel
20. Bericht der Amtsverwaltung
21. Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Öffentlicher Teil

22. Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse
23. Schließung der Sitzung

TOP 1.: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister Wilhelm Haupt eröffnet die Sitzung um 19:06 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Der Bürgermeister stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 27.05.2024 form- und fristgerecht unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurde. Tag, Ort und Stunde der Sitzung sind öffentlich bekannt gemacht worden. Gegen die ordnungsgemäße Einladung werden keine Einwendungen erhoben. Er stellt weiterhin fest, dass die Gemeindevertretung aufgrund der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist.

TOP 2.: Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Tagesordnung, Beschlussfassung über die Tagesordnung und evtl. Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 35 II GO SH

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Tagesordnungspunkt 13 „Beratung und Beschlussfassung auf Empfehlung der Bürgerbefragung zum Spielplatz am Grellkamp“ zu streichen und die Tagesordnung um den neuen Tagesordnungspunkt 13 „Beschluss über die Umstellung der Sitzungsunterlagen auf digitale Übertragung“ zu ergänzen und die Sitzung mit der vorstehenden geänderten Tagesordnung durchzuführen sowie die Tagesordnungspunkte 18, 19, 20 und 21 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, da gem. § 35 Abs.1 GO SH berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 3.: Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2024

Einwendungen gegen eine Niederschrift müssen nach § 25 Abs. 6 GeschO innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des Protokolls eingegangen sein. Die Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2024 wurde der Gemeindevertretung am 02.04.2024 zur Kenntnis gegeben. Einwendungen wurden innerhalb der Frist (bis 19.04.2024) nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

TOP 4.: Mitteilungen des Bürgermeisters

Europawahl

Der Bürgermeister berichtet folgendes zur Wahl:

Wähler: 310

Briefwähler: 45

Wahlbeteiligung: 75%

Kinderspielplatz Grellkamp

Es hat eine Bürgerbefragung stattgefunden, die Beratung soll zunächst im Ausschuss stattfinden.

Alte Schule

Zwei Türen müssen noch ersetzt werden, der Einbau verzögert sich aufgrund langer Wartezeiten bei der beauftragten Firma. Das Gelände ist ebenfalls noch ausstehend.

Bauarbeiten Glasfaser

Die durch die Verlegung der Glasfaserleitungen verursachten Schäden sollen gemeldet werden. Diese werden dann gebündelt vom Amt an das zuständige Unternehmen weitergegeben.

TOP 5.: Einwohnerfragestunde

Frau Eichholz fragt nach, ob die Geschwindigkeitsmessung an unterschiedlichen Orten in der Gemeinde vorgesehen ist. Herr Uken teilt kurz die geplanten Messstellen mit.

TOP 6.: Beratung und Beschlussfassung über die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ostenfeld; hier: Aufstellungsbeschluss

Herr Prang erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen und verlässt um 19:16 Uhr den Sitzungsraum.

Beschluss:

1. Zu dem bestehenden Flächennutzungsplan wird für das Gebiet nördlich und südlich der A210, östlich des Mühlenweges, westlich der Flurstücke 34/2 und 33/1 die 2. Änderung aufgestellt.
Planungsziel ist die Schaffung eines Sondergebiets mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“. Hier sollen Photovoltaikanlagen zur Energiegewinnung aufgestellt werden. Der Geltungsbereich ist der Anlage 1 zu entnehmen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 Baugesetzbuch).
3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs und mit der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange soll das Planungsbüro beauftragt werden.
4. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll schriftlich durch das Stadtplanungsbüro erfolgen.
5. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch Auslegung der Planunterlagen durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 1 befangen

Herr Prang nimmt ab 19:18 Uhr wieder an der Sitzung teil.

TOP 7.: Bericht zum Stand der Schallschutzmaßnahme A7 und Beschluss bezüglich Bauantrag

Der Bürgermeister berichtet über:

- Status
 - Begehung vor Ort
 - Mögliche Lage direkt im Anschluss an den Freibereich der Autobahn
 - Erheblicher Materialbedarf
 - Deges bereit, ggf. Material zu liefern
 - Fa. Krebs nach wie vor bereit zu unterstützen
- Unterstützung seitens der Unteren Umweltschutzbehörde
- Lärmgutachten auf Basis der Spitzenwerte

Weiter erläutert er anhand eines Lärmgutachtens die Auswirkungen eines Lärmschutzwalles. Als nächster Schritt ist die Erstellung eines Bauantrages notwendig.

Beschluss:

Es wird beschlossen, einen Bauantrag für die Errichtung eines Lärmschutzwalles entlang der A7 einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 8.: Beratung und Beschlussfassung zur Verkehrsführung an der Einmündung Rader Weg in die Kieler Straße

Beschluss:

Es wird beschlossen Maßnahmen zur Entschärfung der Verkehrssituation durchzuführen. Eine Verkehrsinsel zum Aufdübeln wird angeschafft und gemäß der Abstimmung mit dem LBV und der Verkehrsbehörde aufgestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 9.: Beratung und Beschlussfassung über die Finanzierung der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass die weitere Vorgehensweise für die Maßnahme des Feuerwehrgerätehauses mit der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ostfeld, dem Fachausschuss Bau-, Wege- und Umweltausschuss, dem Finanzausschuss, der Verwaltung sowie der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord in enger Zusammenarbeit abgestimmt werden soll, um eine langfristige Lösung zu finden. Des Weiteren sollen auch mögliche Fördermöglichkeiten von der Verwaltung geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 10.: Beratung und Beschlussfassung zur Anschaffung eines Notstromaggregates

Gemäß Notfallkonzept der Gemeinde ist die „Alte Schule“ der zentrale Anlaufpunkt, daher ist es sinnvoll, diese als Standort für das Notstromaggregat zu wählen.

Beschluss:

Es wird beschlossen ein Zapfwellen-Notstromaggregat mit einer Leistung von 40kVA anzuschaffen. Die Verwaltung wird beauftragt Angebote einzuholen. Der Bürgermeister wird ermächtigt, dem wirtschaftlichsten Bieter den Auftrag zu erteilen. In Bezug auf eine eventuelle Bereitschaftspauschale für die Betriebe, die im Notfall einen Schlepper und Kraftstoff zur Verfügung stellen, wird von dem Notfall-Arbeitskreis ein Vorschlag erarbeitet.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 11.: Beratung und Beschlussfassung über ein Angebot für die finanzielle Absicherung bei Unfällen der Kameraden in der Freiwilligen Feuerwehr Ostenfeld

Beschluss:

Es wird beschlossen, das vorliegende Angebot zur Unfallversicherung (mit einer geänderten Mitgliederanzahl von 25 auf 36) der Freiwilligen Feuerwehr Ostenfeld anzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 12.: Beratung und Beschlussfassung zur Erweiterung der Kitagarderobe

Die beiden vorhandenen Garderoben sollen zusammengelegt werden. Durch Demontage der vorhandenen Vitrinen und die Errichtung einer Trockenbaukonstruktion soll der benötigte Platz gewonnen werden.

Beschluss:

Es wird beschlossen eine Trockenbauwand zu bauen um dem Träger eine Erweiterung der Garderobe zu ermöglichen. Die Verwaltung wird beauftragt, sich um die bauliche Umsetzung zu kümmern und Angebote einzuholen.

Der Beschluss wurde auf Anraten des Bau-, Wege- und Umweltausschuss Ostenfeld geändert.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 13.: **Beschluss über die Umstellung der Sitzungsunterlagen auf digitale Übertragung**

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Sitzungsunterlagen künftig ausschließlich digital zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 14.: **Beratung und Beschlussfassung über die Aktualisierung der Dorfchronik**

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Dorfchronik der Gemeinde Ostenfeld zu aktualisieren und eine mögliche Förderung verwaltungsseitig zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 15.: **Beratung und Beschlussfassung zum Straßenflickprogramm**

Beschluss:

Es wird beschlossen die Straßenschäden zu sanieren. Die Verwaltung wird beauftragt Angebote einzuholen. Eine Bündelung von Einzelmaßnahmen im Amtsgebiet wird nur befürwortet, wenn es einer zeitnahen Ausführung (bis August 2024) nicht im Wege steht. Der Bürgermeister wird ermächtigt, dem wirtschaftlichsten Bieter den Auftrag zu erteilen. Der Beschluss wurde durch den Bau-, Wege- und Umweltausschuss ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen, 0 Stimmenthaltungen, 0 befangen

TOP 16.: **Bericht der Amtsverwaltung**

Der Leitende Verwaltungsbeamte, Herr Rüther, berichtet, dass die Entwicklungsagentur für 12 Gemeinden unter 10.000 Einwohner im Kreis Rendsburg-Eckernförde einen Antrag auf eine kommunale Bezuschussung beim Land gestellt hat. Dieser Zuschuss wird für die kommunale Wärme- und Kälteplanung beantragt, die bis zum Sommer 2028 von den Gemeinden durchgeführt werden muss, um einen Zuschuss von bis zu 90 % zu erhalten. Nach der Entscheidung ab Sommer 2028 wird dann eine entsprechende Ausschreibung erfolgen.

Zunächst sollen die betroffenen Gemeinden lediglich ausloten, wo z. B. ein Blockheizkraftwerk in der Gemeinde hinkönnte. Einen Rechtsanspruch auf die von der Gemeinde ausgeloteten Standorte für Anlagen der Wärme- und Kälteplanung wird es jedoch nicht geben. Es handelt sich hier lediglich um das Einreichen einer Vorschlagsliste bis Sommer 2028. Hierzu ruft er die Gemeinde auf, einen Arbeitskreis zu bilden. Verwaltungsseitig wird es dazu nach den Sommerferien eine Informationsveranstaltung zum

Thema Verbraucherschutz für die Öffentlichkeit geben. Die Bekanntgabe des Termins wird noch erfolgen.

Das Kindertagesstättengesetz ist reformiert worden. Die Reformierung war befristet bis zum 31.12.2024. Die Trägerverträge wurden seinerzeit angepasst und auch bis 31.12.24 befristet. Innerhalb dieses Zeitraumes sollte eine Evaluierung vorgenommen werden, um festzustellen, ob die Änderungen zum gewünschten Erfolg (Qualitätssteigerung der Kinderbetreuung) führen werden.

Nach der Übergangsphase sollten die Finanzströme dahingehend geändert werden, dass die Standard-Qualitäts-Kostenmodell-Mittel (SQKM-Mittel) nicht mehr vom Kreis an die Standortgemeinden gezahlt werden, sondern ab 01.01.2025 direkt an die Träger der Kindertagesstätten. Die Landesregierung hat im Mai angekündigt, das das KiTaG noch in 2024 in zwei Schritten überarbeitet wird. Im ersten Schritt soll der Landtag noch im Juli ein Vorschaltgesetz beschließen, damit ab dem 01.01.2025 die Finanzströme weiterhin über die Standortgemeinden gezahlt werden. Da die meisten Träger defizitär sind und die Kommunen Kita-Plätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung stellen müssen, werden ab 01.01.2025 neue Trägerverträge mit den einzelnen KiTa-Trägern geschlossen werden müssen. Die Gesetzesänderung des KiTaG's wird voraussichtlich im November 2024 verabschiedet.

TOP 17.: Mitteilungen und Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter

Herr Uken teilt mit, das für die kommunale Wärme- und Kälteplanung bereits zwei unabhängige Potentialanalysen vorliegen.

Weiterhin wird berichtet, dass ein Angebot für einen sozialen Tag ausgearbeitet wurde. Dieser findet jährlich statt und wird durch die Stiftung „Schüler helfen Leben“ organisiert. Die Gemeinde möchte sich in diesem Jahr beteiligen und die Organisation so unterstützen.

Der Bürgermeister Herr Haupt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:11 Uhr und eröffnet im Anschluss daran den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 22.: Bekanntgabe von in nicht öffentlicher Sitzung gefasster Beschlüsse

Im Anschluss an den nicht öffentlichen Teil der Sitzung stellt der Bürgermeister die Öffentlichkeit wieder her und gibt die gefassten Beschlüsse aus nicht öffentlicher Sitzung bekannt. Unter Tagesordnungspunkt 18 wurde eine Grundstücksangelegenheit beschlossen, unter Tagesordnungspunkt 19 ging es um die Verleihung der Freiherr-von-Stein-Verdienstnadel.

TOP 23.: Schließung der Sitzung

Der Bürgermeister Wilhelm Haupt bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 20:37 Uhr.

gez. Haupt

Wilhelm Haupt
(Der Bürgermeister)

Osterröfeld, 01.07.2024

gez. Porsch

Christina Porsch
(Protokollführung)